Veröffentlicht in

Tichys Einblick

Heft 4/2023

Gleißner, W. (2023):

„Geopolitische Risiken – Gefährliche Einseitigkeit“,

S. 48 – 51

Mit freundlicher Genehmigung der
Tichys Einblick GmbH, Eschborn

www.tichyseinblick.de

GEOPOLITISCHE RISIKEN

Gefährliche Einseitigkeit

Mit dem Ukraine-Krieg wurde die Risikoblindheit der deutschen Politik offenbar. Aber nicht nur der deutsche Staat muss robuster werden, auch die Wirtschaft muss sich aus gefährlichen Abhängigkeiten befreien. Nun kommt die Zeitenwende für Klima-, Energie- und Globalisierungspolitik

VON **WERNER GLEISSNER**

Die Covid-19-Pandemie, jüngst stark gestiegene Energie- und Rohstoffpreise sowie der Ukraine-Krieg haben eines verdeutlicht: Unternehmen und auch Staaten sind einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die an sich bekannt sind, aber oft zu lange weitgehend ignoriert werden. Auf die Möglichkeit einer Pandemie hatte die Risikoforschung zum Beispiel genauso hingewiesen wie auf eine drohende Inflations- und anschließende Zinskrise, die am Ende der akuten Phase einer Pandemie zu erwarten ist, wenn aufgestaute Nachfrage auf ein reduziertes Angebot (aufgrund der Lieferkettenprobleme) stößt.

Die Risiken, die zu den jüngsten Krisen geführt haben, wurden auf Ebene des Staats und auch von vielen Unternehmen offensichtlich weitgehend ignoriert; ebenso wie das Risiko einer wegen hoher Schulden und steigender Zinsen zukünftig drohenden Währungskrise. Es fehlt an einem strategischen Risikomanagement und an Robustheit: Die Vermeidung kritischer Abhängigkeiten, speziell von mittelfristig nicht substituierbaren Lieferanten im Ausland, gehört zu den Grundprinzipien jeden strategischen Risikomanagements.

Die Erfahrungen aus den jüngsten Krisen haben einige Implikationen für die künftige Politik Deutschlands zur Folge, die wiederum auch erheblichen Handlungsbedarf für die in Deutschland ansässigen Unternehmen zeigen. Zuallererst sollten der deutsche Staat wie auch die Unternehmen ihre Fähigkeiten in der Analyse und Bewältigung von Risiken verbessern. Strategisches Ziel sollte dabei mehr Robustheit sein, was insbesondere eine Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Verminderung kritischer Abhängigkeiten impliziert. Eine solche Reduzierung kritischer Abhängigkeiten bedeutet keine Abkehr vom Wohlstand schaffenden internationalen Handel oder gar grundsätzlichen Protektionismus. Es ist aber erforderlich, dass auf Ebene des Staates und jedes einzelnen Unternehmens systematisch mittels Risikoanalyse geprüft wird, wo kritische Abhängigkeiten bestehen.

Speziell ist es hier erforderlich, dass bei allen Entscheidungen über die Lieferkette – besonders im Falle eines angedachten Bezugs aus nur einer Quelle, dem sogenannten Single Sourcing – die mit einer solchen Entscheidung regelmäßig verbundene Erhöhung des Risikos analysiert und im Entscheidungskalkül berücksichtigt wird.

Mehr Robustheit erreichen

Eine Verbesserung des Rendite-Risiko-Profils und der Robustheit von Unternehmen kann es hier erforderlich machen, wieder mehr Redundanz und höhere Lagerbestände zu akzeptieren sowie Single-Sourcing-Entscheidungen zurückzunehmen, auch wenn dies zunächst mit höheren Kosten verbunden ist. Im Rahmen der Strategie sollte bei der Gestaltung der Wertschöpfungskette überdacht werden, bezüglich welcher Abschnitte ein „Outsourcing“ akzeptabel ist. Man sollte auch darüber nachdenken, an welchen Stellen gegebenenfalls auch wieder Produktionsfähigkeit aufgebaut und eine Rückwärtsintegration in der Wertschöpfungskette zur Sicherung zum Beispiel von Zulieferprodukten oder Rohstoffen sinnvoll ist.

Ergänzend ist zu beachten, dass die sowieso zunehmenden Risiken durch Cyberangriffe, die bis zu einem längeren Blackout von Stromversorgung und Internet führen können, durch geopolitische Krisen, die mit einer hybriden Kriegsführung unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Militär verbunden sein können, deutlich steigen. Mehr Robustheit erfordert daher auch eine bessere Absicherung gegen Cyberangriffe – sowohl auf der Ebene des Staats als auch auf Unternehmensebene – sowie eine intensivere Beschäftigung mit dem Risiko eines Blackouts.

Mit der zunehmenden Abhängigkeit der Wirtschaft vom Strom, die durch die Energiewende mitverursacht wird, nehmen die hier bestehenden Risiken erheblich zu. Auch bei der Hinwendung zu Strom aus erneuerbarer Energie, die damit einhergehende weitere „Elektrifizierung“ Deutschlands (Stichwort E-Mobility), dürfen neben dem angestrebten Nutzen – der Reduzierung der CO_2-Emissionen – die damit ebenso verbundenen, nicht unerheblichen Risiken keinesfalls ausgeblendet werden. Man denke hier beispielsweise an die Einsatzfähigkeit einer nur noch mit elektrifizierten Autos ausgestatteten Polizei bei einem Blackout – Panzer nur mit Elektromotor bleiben der Bundeswehr hoffentlich noch lange erspart.

Es darf insbesondere nicht übersehen werden, dass auf absehbare Zeit mit nur

Lubmin, 8.11.2011. Kanzlerin Merkel und der russische Präsident Medwedew eröffnen mit EU-Prominenz die Ostsee-Pipeline Nord Stream

FOTO: SEAN GALLUP/GETTY IMAGES

sehr geringen Energiespeichermöglichkeiten jeder Ausbau von Wind- und Solarenergie als Ersatz für Nuklear- und Kohlekraftwerke auch einen Ausbau der Gaskraftwerke und damit eine zunehmende Abhängigkeit von Gas bedeutet. Die Abhängigkeit von Gas wird 2030 höher sein als heute.

Renaissance der Interessenpolitik

Die freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaaten des Westens wurden durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine daran erinnert, dass heute wie auch in der Vergangenheit das Verfolgen nationaler Interessen mit allen dafür erforderlich erscheinenden aussichtsreichen Instrumenten immer noch die politische Realität auf der Erde prägt. Daran wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern.

So lange ist es naiv zu glauben, dass in allen Staaten die europäische Vorstellung von universellen Menschenrechten geteilt und auf den Einsatz ökonomischer und militärischer Macht, einschließlich der Möglichkeiten einer hybriden Kriegsführung, nur deshalb verzichtet würde, weil dies internationalen Vereinbarungen oder (europäischen) Moralvorstellungen widerspricht.

Nach der „Zeitenwende“ im Bereich der Sicherheitspolitik muss man auch von einer bevorstehenden „Zeitenwende“ in der Klima- und Energiepolitik ausgehen

Man erkennt bereits, dass die sogenannten BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) einen Gegenpol zu den „westlichen“ OECD-Ländern zu bilden beginnen und dass keines dieser Länder durch moralische Überlegungen von einer engeren Kooperation mit Russland abgehalten wird. Aus dieser Perspektive erscheint der im (seit Januar geltenden) Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz manifestierte Versuch vermessen, unsere Vorstellungen von Menschenrechten, angemessenen Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in die Welt zu exportieren. Auch wenn wir gute Gründe für unser Bild von Menschenrechten und Lebensbedingungen sehen, können wir nicht erwarten, dass deutsche und europäische Unternehmen diese global durchsetzen.

Deutschland und andere europäische Staaten belasten mit solchen Ge- ▶▶

setzen Unternehmen mit einer an sich staatlichen und für Unternehmen kaum bewältigbaren Aufgabe. Schon allein der Versuch der Bewältigung einer solchen Aufgabe führt zu Bürokratie, Zusatzkosten und einer (weiteren) Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition. Und ändern tut sich häufig auch nichts; denn die Beendigung von Kinderarbeit bei einem Zulieferer führt oft einfach dazu, dass das Kind zu schlechteren Konditionen bei einem anderen Unternehmen arbeiten muss oder in Bettelei gezwungen wird oder noch Schlimmeres passiert.

Einfach ist die Welt nur, wenn man aus einer festen moralischen Perspektive urteilt, ohne die möglichen Konsequenzen des Handelns zu durchdenken – Max Weber würde hier von einer Gesinnungsethik sprechen. Es lohnt zu bedenken: Will man durch einen Staat eigene Vorstellungen und Werte exportieren, braucht man dazu neben guten Argumenten eben auch ökonomische und militärische Macht – und hier wird Europa zunehmend schwächer.

Die Länder des Westens haben auch nicht (mehr) die Machtposition, eine gewünschte Friedensordnung durchzusetzen, weil dies insbesondere an der zunehmenden Macht anderer globalen Spieler – wie speziell Chinas – scheitert. Die freiheitlich verfassten demokratischen Staaten des Westens werden also notgedrungen akzeptieren müssen, dass das zentrale öffentliche Gut „Sicherheit" einen robusten Staat mit adäquaten Fähigkeiten der Verteidigung, auch der militärischen Verteidigung, erfordert. Dies wiederum führt zu mehr Investitionen für die Streitkräfte und einem verstärkten Fokus auf wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern, die ein ähnliches Wertesystem haben – also potenziell zu mehr Handel und Geschäftsbeziehungen innerhalb Europas oder mit Nordamerika (und einer Reduzierung von Abhängigkeiten bei Ein- und Ausfuhr zum Beispiel von China).

Temporäre Wohlstandsverluste

Diese sicherheitspolitische Neuausrichtung ist temporär mit Wohlstandsverlusten verbunden. Sie trägt aber langfristig Früchte durch mehr Sicherheit – und bietet für Unternehmen eine Vielzahl von Chancen, aber auch Gefahren, die bei der strategischen Ausrichtung des Unternehmens in einer Weltordnung mit vielfältigen geopolitischen Risiken und zu befürchtenden weiteren Konflikten entstehen. Ein Konflikt mit China hätte für den Westen im Übrigen weit größere Auswirkungen als der aktuelle Konflikt mit Russland.

Es ist eben nicht entscheidend, was man sich wünscht, sondern welche Entwicklungskorridore tatsächlich für die Zukunft zu erwarten sind

Auch in der Unternehmenspolitik sollte beachtet werden, dass die nationalen Interessen in vielen anderen Ländern oberste Priorität haben (auch für die Bevölkerung), was sich zuletzt darin gezeigt hat, dass zum Beispiel auch Indien kein Problem darin sieht, nun billiges russisches Öl zu beziehen, weil dies für den Wohlstand des eigenen Volkes hilfreich ist – unabhängig von allen offenkundig völkerrechtswidrigen Aktionen der russischen Regierung.

Die Erinnerung an die ungeachtet der oft naiven Vorstellung weiterhin erkennbare Dominanz nationaler Interessen auf geopolitischer Ebene hat auch Auswirkungen für die Energie- und Klimapolitik – und damit für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Chancen und Gefahren deutscher Unternehmen. Auch in diesem Politikfeld werden die tatsächlichen Handlungen (nicht notwendigerweise die Ankündigung) der meisten Staaten durch ihre nationalen Interessen bestimmt sein – und nicht durch die naive Vorstellung, dass alle Staaten fair mitwirken an einer globalen Politik zur Reduzierung von Treibhausgasen mit dem Ziel, das sowieso ziemlich unverbindliche Pariser Klimaschutzabkommen mit der Förderung technologischer Innovationen möglichst gut umzusetzen.

Globale Initiativen wie die Schaffung eines globalen CO_2-Preises sind sicherlich ein anzustrebender Weg, um die ansonsten zu befürchtende weitere Erhöhung der globalen Temperatur zu verhindern. Aber auch der Klimawandel hat Gewinner und Verlierer, die wissen, dass es bei nüchterner Betrachtung der Auswirkungen erhöhter Temperaturen auf Volkseinkommen und Lebenserwartung entgegen den häufig in vielen Medien ausgemalten Szenarien nicht um eine die Existenz der Menschheit gefährdende „Klimakatastrophe" geht.

Klimaschutz nicht überall prioritär

Selbst bei Befragungen bezüglich der Relevanz der UNO-Nachhaltigkeitsziele ist erkennbar, dass trotz der ausführlichen Berichterstattung über den Klimawandel die Mehrheit der Menschen Themen wie Bildung und Gesundheit – und zukünftig sicherlich sichere und günstige Energie – besondere Bedeutung einräumt. Deutschland muss sich von der naiven Vorstellung verabschieden, dass andere Staaten ungeachtet eigener Interessen konsequent eine Abkehr von fossilen Energieträgern zum Ziel der Reduzierung der CO_2-Emission anstreben.

Nach der „Zeitenwende" im Bereich der Sicherheitspolitik muss man mit den gleichen Erkenntnissen – ungeachtet der persönlichen Wertung – auch von einer bevorstehenden „Zeitenwende" in der Klima- und Energiepolitik ausgehen. Es ist eben nicht entscheidend, was man sich wünscht, sondern welche Entwicklungskorridore tatsächlich für die Zukunft zu erwarten sind.

Der Ukraine-Krieg als Ausdruck der Verfolgung nationaler Interessen Russlands zeigt dies deutlich: Glauben wir wirklich, dass Russland oder arabische Ölexporteure auf absehbare Zeit bereit wären, auf die Nutzung und den Export von Öl und Gas, der Grundlage von Wohlstand und Macht des Staates, zu verzichten? Und glauben wir, dass China, Indien oder andere Länder auf den Import und den Einsatz günstiger Gas- und Öllieferungen, die für die Entwicklung ihrer Wirtschaft und die Zufriedenheit der Bevölkerung wichtig sind, verzichten? Dort geht man ganz pragmatisch vor.

Die empirischen Daten zeigen, dass die Öl- und Gasproduzenten ihr Angebot kontinuierlich steigern; und solange dies der Fall ist, führt jede Reduzierung des Öl- und Gasverbrauchs in Deutschland einfach zu einem entsprechenden Mehrverbrauch in anderen Ländern wie zum Beispiel Indien. Und damit haben die „sparsamen" deutschen Verbraucher möglicherweise ein gutes Gefühl, aber keine Wirkung auf die globale Temperaturentwicklung.

Es erscheint auch naiv, einen solchen Verzicht von Anbietern und Nachfragern fossiler Energieträger als gesichert vorauszusetzen – zumindest muss eine realistische Politik des Staates bei allem Optimismus die Möglichkeit berücksichtigen, dass fossile Energieträger aufgrund nationaler Interessen die Wirtschaft auf einem großen Teil der Erde über viele Jahrzehnte prägen werden – selbst in Deutschland machen bei allen Anstrengungen Wind- und Solarenergie bisher etwa sieben Prozent des Primärenergiebedarfs aus. Gerade die Auswirkungen des russischen Gasembargos für Deutschland haben, und zwar nicht nur in Deutschland, auch die Bedeutung einer kostengünstigen und sicheren Energieversorgung in Erinnerung gebracht.

Die aktuelle Diskussion über Menschenrechtsverletzungen in Katar anlässlich der Fußballweltmeisterschaft in Verbindung mit dem intensiven Streben nach zusätzlichen Gaslieferungen genau aus diesem Land zeigen eines deutlich: Moralische Wertvorstellungen bestimmen kaum mehr die tatsächliche Handlungsweise, wenn die Energiesicherheit Deutschlands bedroht ist – was völlig verständlich ist.

Konflikt mit autoritären Regimes

Die Politik der deutschen Regierung sollte sich dieser Herausforderung bewusst sein, die sich ebenso wie der Ukraine-Krieg auf die weiterhin zentrale Bedeutung der nationalen Interessen zurückführen lässt (und auf den dauerhaften Konflikt zwischen freiheitlich demokratischen und autoritären politischen Systemen). Eine Reduzierung von CO_2-Emissionen in Deutschland sollte nicht als Selbstzweck gesehen werden, wenn dieser nicht zu vergleichbaren Nachahmungseffekten in anderen Ländern führt und damit keinen spürbaren Beitrag zur Reduzierung der globalen Temperaturerhöhung leistet, hingegen Sicherheit, Wohlstand und Machtposition Deutschlands in zukünftigen globalen Konflikten bedroht. Und damit zu einer Erhöhung der geopolitischen Risiken führt, denen auch die Unternehmen in Deutschland ausgesetzt sind, was für deren Standortentscheidungen in der Zukunft wichtig werden könnte.

Die einseitige Betrachtung von Klimarisiken kann als einer der Gründe gesehen werden, warum andere Risiken offenbar ignoriert wurden – hier sind nun mehr Offenheit und vergleichbare Analysen der relevanten Risiken notwendig. Dabei hat sicher auch die verbreitete „Risikoblindheit" eine Rolle gespielt: Menschen verdrängen gern Risiken, die nicht regelmäßig „plakativ" aufgezeigt werden, und schätzen die Relevanz von Risiken falsch ein. Vor allem neigen Menschen – auch Politiker – dazu, ihre Entscheidungen an gewünschten Szenarien der Zukunft zu orientieren und nicht an realistischerweise zu erwartenden Szenarien.

Moralische Wertvorstellungen bestimmen kaum mehr die tatsächliche Handlungsweise, wenn die Energiesicherheit Deutschlands bedroht ist – was völlig verständlich ist

Gerade wenn eine bestimmte Handlungsweise als moralisch geboten erscheint, werden deren tatsächlich zu erwartende Auswirkungen ignoriert. Moralischer Anspruch in Verbindung mit bestimmten, den politischen und öffentlichen Diskurs in Deutschland maßgeblich prägenden Themen wie dem Wunsch nach „mehr Nachhaltigkeit" scheint geeignet, eine nüchterne und rationale Betrachtung der zu erwartenden Auswirkungen von Handlungsweisen und der mit ihnen verbundenen Risiken zu verhindern.

Die Zukunft ist unsicher und das Leben der Menschen unvermeidlich auch mit Risiken verbunden. Die nicht zu übersehende gute Nachricht ist, dass die Lebensrisiken der Menschen heute insgesamt viel niedriger sind als zu jedem früheren Zeitpunkt in der Geschichte, was die massive Erhöhung der Lebenserwartung in allen Staaten der Erde demonstriert. Dass dies auf Wirtschaftswachstum und technologischen Fortschritt zurückgeführt werden kann, wird im politischen Diskurs nur allzu gern ignoriert.

Gefährliche Risikoblindheit

Aber es bleiben viele Risiken, denen letztlich fast nur der Staat als Anbieter des öffentlichen Gutes „Sicherheit" begegnen kann. Und hier zeigt nicht nur die jüngere Vergangenheit, dass manche Staaten die eigene Bevölkerung zu wenig absichern, weil sie bedeutende Risiken ignorieren und daher keinesfalls als „robust" angesehen werden können.

Zu den in diesem Zusammenhang relevanten Risiken gehören geopolitische Risiken, die bisher oft zu wenig gewürdigt wurden, weil man von der optimistischen beziehungsweise naiven Vorstellung ausging, dass alle anderen, auch die autoritären Staaten dieser Welt lediglich mehr oder weniger „nette" Kooperationspartner in einer fairen Weltfriedensordnung sind. Eine fundierte staatliche Risikoanalyse sollte zukünftig in Erwägung ziehen, dass andere Staaten konsequent ihre nationalen Interessen vertreten und dabei weder auf die Förderung von Öl und Gas noch auf militärische Gewalt oder einen Wirtschaftskrieg verzichten werden. Auf sich daraus ergebende geopolitische Risiken sollte sich speziell auch der deutsche Staat besser vorbereiten, was vielfältige Auswirkungen auf quasi alle Politikfelder hätte, von der Verteidigungs- bis hin zur Energie- und Klimapolitik.

Zu guter Letzt ist ein klein bisschen mehr Bescheidenheit gefragt: Anspruch und Möglichkeiten Deutschlands im Hinblick auf die Beeinflussung des zukünftigen Klimas oder der Lebensbedingungen der Menschen auf der Erde sind vielleicht kleiner, als man denkt. ■